

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhain behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verkaufspreis**: Leipzig Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig**,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72 20 1

Inseratenpreise: Die Hauptart. Kolonelleile 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Kolonelleile 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die üblich, Kolonelleile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die üblich, Kolonelleile 40 Pf., bei Platzvorschr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Anstreicher, untere Anzeigensektion und alle Postanstalten entgegen

Die neuen Reparationsverhandlungen

Einigung über die Sachverständigen

SPD Paris, 19. Dezember.

Die Verhandlungen über die Einberufung der Sachverständigenkonferenz sind nunmehr abgeschlossen. Der Inhalt der getroffenen Abmachungen wird am Donnerstag veröffentlicht werden. Die französische Delegation beginnt sich jetzt in steigendem Maße für den Kernpunkt der ganzen Frage zu interessieren: Wie kann Deutschland am raschesten zahlen? Vor allem ist es die Frage der Kommerzialisierung, mit der sich hier die Delegation beschäftigt. Es kursieren hierzu bereits ganz bestimmte Projekte. Die meisten Ausschüsse scheinen im Augenblick ein Vorschlag zu haben, der auf eine Zerlegung der deutschen Schuld in zwei Teile abzielt und von denen der eine genau der Höhe der alliierten Verpflichtungen an Amerika entsprechen soll.

U Berlin, 19. Dezember.

Wie in Berliner politischen Kreisen ergänzend verlautet, bliebe das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen über die Einberufung der vorgesehenen Sachverständigenkommission zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage im wesentlichen darin bestehen, daß Deutschland dem Standpunkt Frankreichs, wonach die Sachverständigen der Gläubiger-Mächte durch die Reparationskommission ernannt werden sollten,

entgegengekommen sei. Es stehe danach den Gläubiger-Staaten freilich ihre eigenen Sachverständigen entweder selbst oder durch die Reparationskommission zu ernennen. Dagegen soll es gelungen sein, den deutschen Standpunkt durchzusetzen, wonach die Sachverständigen „unabhängig“ seien, d. h. ohne Bindungen ihrer Regierungen bezüglich des Rahmens der zu erörternden Probleme in die Konferenz gehen sollen. Dies ist insofern wichtig, als die selbstverständliche deutsche Forderung auf Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit, ohne deren Berücksichtigung sich das Reparationsproblem überhaupt nicht lösen ließe, damit zur Erörterung gestellt würde.

Kabinettsitzung

Wie das Berliner Tageblatt hört, wird sich das Reichskabinett in einer Sitzung am Freitag erneut mit der Besetzung der Verwaltungsratsstellen bei der Reichsbahn beschäftigen. In parlamentarischen Kreisen werde darauf verwiesen, daß eine Basis zu einer befriedigenden Verständigung zwischen Reichsgerichtspräsident und Reichskabinett am so notwendiger gefunden werden müsse, als die vom Reichsgerichtspräsidenten gerügte mangelnde Information offenbar nicht beabsichtigt und nur durch eine Verkettung unglücklicher Umstände veranlaßt worden sei.

Wehrhaftigkeit für den Sozialismus!

Zur Diskussion über ein Wehrprogramm*

Vom Genossen Paul Levi ist soeben eine kleine Schrift über Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie erschienen. Genosse Levi untersucht darin eingehend die Entwicklung der Wehrorganisation, zeigt ihre Abhängigkeit von den jeweiligen gesellschaftlichen Zuständen und den Einfluß, den die Wandlung der Kriegstechnik auf sie ausübt. Er sagt von ihr, daß die Armee genau wie der Krieg eine doppelte Funktion hat: eine äußere und eine innere. Genosse Levi vertritt die Auffassung, daß die Sozialdemokratie dem kapitalistischen Staat keine Armee zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen bewilligen darf, daß sie vielmehr die durch die gesellschaftliche Entwicklung und durch die Wandlung der Kriegstechnik bloßgelegten Keime, die zu einer Zerlegung der Wehrorganisation des Kapitalismus treiben, entwickeln muß. Von diesem Zeitgedanken ausgehend und unter Ablehnung der für imperialistische Interessen auch unter der falschen Parole der „Verteidigung der Demokratie“ oder des „Vaterlandes“ geführten Kriege, führt Genosse Levi im Schlußkapitel seiner Schrift folgendes aus:

„Nur bei den Horden“, schreibt v. d. Golz, „die ohne festen Wohnsitz sind, wird das ganze Volk, Greise, Weiber und Kinder eingeschlossen, am Kampfe teilnehmen; denn ihre Lebensart ist kriegerisch“. Man sieht, wie am Schluß der Entwicklung die Geschichte an ihre Anfänge zurückzuführen scheint. Das, was damals war, hat der Hochkapitalismus wieder gemacht, ohne daß die „Lebensart kriegerisch“ geworden sei. Es ist damit die einzige wesentliche Militärforderung der Sozialdemokratie vor dem Kriege, deren Erfüllung noch Rosa Luxemburg in der Junius-Broschüre forderte, die Militär, erfüllt, nicht von unten herauf, sondern von oben herunter. Die Sozialdemokratie hat die Forderung aufgestellt, um alle wesentlichen Fragen des Beginns und der Führung eines Krieges in die Entscheidung der breiten Massen zu bringen. Die Mitwirkung der breiten Massen ist heute unentbehrlich; die Kriegsführung ist entscheidend in ihre Hand gelegt. Es gilt also heute, programmäßig das zu fordern, was diese erhöhte Mitwirkung und damit Verantwortung der breiten Massen erfordert. Es soll der Sozialdemokratie nicht das schlimmste nachgesagt werden können, das man einer Partei nachsagen kann: daß sie mit erfüllten Programmforderungen nichts anzufangen wisse. Daher wären folgende Leitgedanken einem Wehrprogramm zugrunde zu legen:

1. Der bürgerliche Staat sucht nach einer „überparteilichen“, den Klassengegensatz verdeckenden Organisationsform des gesamten Wehrkörpers. Er kann sie nicht finden. Die breiten Massen aber, die die Träger des Krieges in Wirklichkeit geworden sind, sind organisiert und haben die Organisationsform gefunden, die gegenwärtig jedenfalls das Höchstmäß an Leistungsfähigkeit erzeugt: Partei, Gewerkschaft, Betriebsräte. Aufgabe der Partei ist es, in ihrer gesamten politischen Haltung den Gegensatz zwischen den bestehenden Klassen zu betonen und, was das Militärische angeht, den Gegensatz zwischen bürgerlichen und proletarischen Interessen hervorzuheben. Diese politische Haltung ist angesichts der Tatsache, daß der künftige Krieg entscheidend vom nichtuniformierten Teil der Bevölkerung wird geführt werden müssen, von ausschlaggebender Bedeutung. Das wichtigste Mittel, diesen Gegensatz zu betonen und in den Massen lebendig zu machen, ist die Ablehnung von Rüstungsausgaben jeder Art.

Die Gewerkschaften haben bereits in mehreren Beschlüssen begonnen, die industrielle Produktion unter dem Gesichtspunkt der Kriegsproduktion zu kontrollieren. Sie sind die wichtigste Körperschaft, die einmal die Führung des Krieges um kapitalistische Ziele verhindern kann, die industrielle Produktion aber im Falle der Verteidigung wahrhaft proletarischer Interessen auf das Höchstmäß steigert.

Die Betriebsräte sind die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den einzelnen Betrieben.

2. Indem die Sozialdemokratie alle Rüstungskredite ablehnt, den Krieg vermischt und die proletarischen Massen auch unter heuchlerischen Masken, wie „Kampf um die Demokratie“, nicht zu führen, wird sie der stärkste Garant des Friedens. Kein bürgerlicher Staat kann es heute wagen, gegen den Willen der werktätigen Massen einen Krieg zu beginnen; auch nur die Gefahr, ja Möglichkeit, daß sie in Unruhe geraten, ist eine wirksamere Friedensgarantie als alle Schiedsgerichte, Verträge, Pakte usw.

3. Indem die Sozialdemokratie durch diese politische Haltung und die mit den anderen Organisationen auszuübende Kontrolle den Beginn eines Krieges von deutscher Seite wirksam hemmt, übernimmt sie zugleich die Verantwortung

* Früher: Beiträge in den Nr. 261, 267 und 274 der Leipziger Volkszeitung.

Die Rebellion gegen Reformen

Was ist in Kabul?

SPD London, 20. Dezember.

Die Bekanntgabe der hiesigen afghanischen Gesandtschaft, daß Amanullah und die ausländischen Staatsangehörigen sich in Kabul in völliger Sicherheit befinden, wird durch britische Flugzeuge, die Kabul überflogen haben, bestätigt. Ein heftiges Verkehrsflugzeug wurde dabei abgeschossen. Der Pilot und der Begleiter wurden aber gerettet. Im Unterhaus teilte der Außenminister mit, daß bei Djalalabad ein neuer Kampf stattgefunden hat und Kabul am 14. und 15. Dezember von Aufständischen angegriffen wurde, die im Westen der Stadt zwei Forts eingenommen haben. Genauere Informationen liegen seit diesem Tage nicht vor, da die britische Gesandtschaft, die außerhalb der Stadt liegt, nicht mehr in der Lage ist, die Funktion zu benutzen. Ein Flugzeug, das gestern nach Kabul flog, berichtet, daß der Palast noch von lokalen Truppen besetzt wird, und daß die Gesandtschaft mittels Lichtsignalen mitteilte, daß alles in Ordnung sei. Die indische Regierung hat inzwischen Vorkehrungen getroffen, um im Notfall durch Flugzeuge die britischen Staatsangehörigen aus Kabul abzuholen. Der Führer der Aufständischen hätte aber am 14. Dezember der britischen Gesandtschaft versichert, daß sie gegenüber der britischen Gesandtschaft keinerlei feindselige Absichten hätten.

U Konstantinopel, 19. Dezember.

Wie aus Teheran gemeldet wird, ist der Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen in Afghanistan gegenwärtig abgeebbt. Beide Seiten sammeln offenbar Kräfte, um die entscheidende Schlacht herbeizuführen.

Die Herrschaft des Königs Amanullah von Afghanistan ist ernstlich bedroht. Von seiner Afghani- und Europateile, auf der er so viel gefeiert wurde, ist er mit einem latenten Hunger Reformeifer in sein Land zurückgekehrt. Wie der „Erneuere der Türkei“, Kemal Pascha, so dekretierte Amanullah dem Lande eine Reihe von Reformen. Aber die Afghanen scheinen von der Notwendigkeit und der Gültigkeit der Reformmaßnahmen noch weniger überzeugt zu sein als die Türken. Sie lehnen sich dagegen auf, und je mehr der Reformeifer ihres getränkten Herrn sich betätigt, desto heftiger wird der Widerstand. Mit den drakonischen Strafen hat Amanullah versucht, die Gegner seiner Reformen niederzuschlagen. In den letzten Monaten ist eine Anzahl politisch führender Persönlichkeiten, die der Feindschaft gegen die Reformbestrebungen verdächtig waren, oder die diese Feindschaft offen betätigten, wegen Hochverrats vor das Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und dann hingerichtet worden. Weitere Verhaftete erwarten im Gefängnis ihr Todesurteil.

Doch der Aufstand, gegen den sich jetzt Amanullah zur Wehr setzt, lehrt ihn, daß der Gegenstand kein geistliches Mittel ist, die Bewohner seines Landes zu Anhängern seiner Reformen zu machen. Der Aufstand ist von reaktionären Stämmen im Norden des Landes ausgegangen und ziemlich rasch bis in die Nähe der Haupt-

stadt und dann nach Kabul selbst hineingetragen worden. Eine völlige Klarheit über die Lage läßt sich aus der Fülle der sich zum Teil widersprechenden Meldungen nicht gewinnen. Nur soviel scheint festzustellen, daß Teile der Truppen Amanullahs zu den Aufständischen übergegangen sind und andere Teile sich weigern, auf ihre Stammesbrüder zu schießen. Möglich, daß, wenn nicht bald die Aufständischen eine Entscheidung zu ihren Gunsten herbeiführen können, es dem König gelingt, genügend zuverlässige Truppen in die Hand zu bekommen, mit denen er den Aufstand niederschlagen kann.

Bei diesem Aufstand tritt übrigens wieder der russisch-britische Gegensatz zutage, der durch die geographische Lage Afghanistans bedingt ist. Es liegt zwischen Britisch-Indien und Rußland. Sowohl England als auch Rußland bemühen sich, Afghanistan in den Bereich ihrer Politik einzubeziehen. Bekannt ist noch, in welcher byzantinischer Weise Amanullah bei seinem Besuch in Moskau von den bolschewistischen Staatsmännern empfangen worden ist. Die Russen glaubten damals, den König für ihre Politik gewonnen zu haben. Aber Amanullah dachte anders. Er machte zwar vor den Russen einige Verbeugungen und gewährte ihnen kleine Konzessionen, schloß u. a. mit ihnen ein Luftfahrtabkommen, aber mindestens ebenso freundlich und entgegenkommend erwies er sich den Engländern. In seiner Innenpolitik erteilte er den Russen sogar eine scharfe Abfuhr und verbot in seinem Lande jede kommunistische Bewegung. Jedem, der sich für sie betätigt, droht schwere Strafe. Dennoch haben die Russen ihr Verben um Amanullah nicht aufgegeben. In dem Kampf gegen die Aufständischen stellen sie dem König Flugzeuge zur Verfügung, mit denen er die Rebellen mit Bomben besetzen und seine Dynastie festigen kann. Bolschewisten als Retter einer Dynastie — wahrlich, kein schlechter Witz der Weltgeschichte!

Zur Rechtfertigung ihrer Dienste für den König Amanullah behaupten sie, daß der Aufstand von England finanziert und angezettelt sei. Das scheint, soweit sich bisher übersehen läßt, wenig wahrscheinlich. Es ist kein Grund ersichtlich, der England zu diesem Zustand jetzt gedrängt hätte. Wohl aber hoffen die Russen auf die Erkenntlichkeit des Königs nach der Niederwerfung des Aufstandes. Und nach alledem, was sie schon getan haben, braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß sie, um die Durchführung ihrer machtpolitischen Pläne zu sichern, auch einem König aus der Pascha helfen!

Sinowjews neues Amt

DE Moskau, 18. Dezember.

Der ehemalige Leiter der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, der bekanntlich als Führer der Leninrunder Linksoption aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, dann aber wieder in Gnade aufgenommen wurde, ohne jedoch einen politischen Posten zu erhalten, ist jetzt zum Vorsitzenden im neugegründeten Kulturamt des Zentralverbandes der Sowjetgenossenchaften „Zentrossojus“ ernannt worden.